Abonnementspreis
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland und Oesterreich: vierteljährlich ℳ 6.—. Directe tägliche Kreuzbandsendung ins Ausland: monatlich ℳ 9.—.

Die Morgen-Ausgabe erscheint täglich ½7 Uhr, die Abend-Ausgabe Wochentags 5 Uhr.

Redaction und Expedition:
Johannesgasse 8.
Die Expedition ist Wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Filialen:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 1,
Louis Lösche, Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Insertionspreis
Die 6gespaltene Petitzeile 20 ₰.
Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 50 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 40 ₰.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. Tabellarischer und Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

Annahmeschluß für Inserate:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Sonn- und Festtags früh 9 Uhr.
Bei den Filialen und Annahmestellen je eine halbe Stunde früher.
Inserate sind stets an die Expedition zu richten.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig

№ 324. Montag den 27. Juni 1892. 86. Jahrgang

Amtliche Bekanntmachungen.

Deutscher Aerztetag.

Das Festmahl findet heute um 5 Uhr im Saale des Kaufmännischen Vereins (Schulstrasse 3) statt.
Zahlreiche Betheiligung ist erwünscht.

Bauplatz-Verkauf.

Der der Stadtgemeinde und dem Johanniterhospitale gehörige, an der Mozartstraße gelegene und in offener Bauweise zu bebauende Bauplatz Nr. 6 des Planes Nr. 5121 T. V. von 25,50 m Front, 32 m Tiefe und 816 qm Flächengehalt ist sofort zu verkaufen.
Kaufgebote sind verschlossen und mit der Aufschrift: **„Bauplatz Mozartstraße Nr. 6"** versehen bis 2. kommenden Mon. **Abends 6 Uhr** auf dem Rathhause, I. Obergeschoß, im Eingangsbüreau, Zimmer Nr. 7 abzugeben.
Daselbst können auch die Verkaufsbedingungen eingesehen werden.
Leipzig, den 24. Juni 1892.
Ia. 2614. **Der Rath der Stadt Leipzig.**
935. Dr. Georgi. Krumbiegel.

Bekanntmachung.

Die öffentlichen **Hebammen-Prüfungen** finden
Mittwoch, den 29., und } **Nachmittags**
Donnerstag, den 30. Juni d. J., } **3—5 Uhr**
im Auditorium der Universitäts-Frauenklinik — Crier'sches Institut —, Stephanstraße 7, statt.
Leipzig, den 21. Juni 1892.
Die Direction der K. Hebammen-Schule.
Prof. Dr. Zweifel.

Oeffentliche Ausschreibung.

Für den **Neubau der Andreaskirche** sollen die **Dachdecker-, Klempner- und Schlosser-Arbeiten** (Thurmspitze) in öffentlicher Submission vergeben werden.
Die Submissionsunterlagen können gegen Erlegung von 2 ℳ in unserer Expedition Ranstädtstraße 30b von **Sonnabend, den 25. dieses Monats,** an in Empfang genommen werden.
Bewerber wollen ihre Angebote bis spätestens
Freitag, den 1. Juli d. J., Abends 6 Uhr
in unserer Expedition unter der Aufschrift: **„Neubau der Andreaskirche betr."** versiegelt einreichen.
Leipzig, am 23. Juni 1892.
Der Kirchenvorstand zu St. Andreas.
Dr. Al. Schumann, Pfarrer, Vorsitzender.

Freiwillige Versteigerung.

Die im Grundbuche auf den Namen des verstorbenen Glasermeisters **Ferdinand Franz Fraundorf** in Liebertwolkwitz eingetragenen, zu dessen Nachlaß gehörigen, in Liebertwolkwitz gelegenen **Grundstücke,** nämlich
a. das Hausgrundstück mit Hofraum, Stallung und Garten, Nr. 80 des Brandkat., Fol. 76 des Grund- und Hypotheken-Buchs und Nr. 23 des Flurbuchs für Liebertwolkwitz, geschätzt auf 9000 ℳ,
b. das Hausgrundstück mit Hofraum und Stallung, Nr. 195 des Brandkat., Fol. 174 des Grund- und Hypotheken-Buchs und Nr. 184 des Flurbuchs für dasigen Ort, geschätzt auf 2000 ℳ,
sollen erbtheilungshalber durch das unterzeichnete Gericht öffentlich an den Meistbietenden versteigert werden und ist
Montag, der 4. Juli 1892, Vormittags 10 Uhr
als Versteigerungstermin anberaumt worden.
Die Versteigerung findet in der **Gastwirthschaft zum Rathskeller** in Liebertwolkwitz statt.
Die Versteigerungsbedingungen können an Gerichtsstelle, sowie in der gedachten Gastwirthschaft eingesehen werden.
Königliches Amtsgericht Leipzig, Abth. V 2,
den 14. Juni 1892.
Eschucke. B.

Zwangsversteigerung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuche von **Alt-Friedland, Kreis Waldenburg, Band II, Blatt 4,** auf den Namen des Kaufmanns **Louis Ottersbach** zu Waldenburg eingetragene, zu Alt-Friedland gelegene Grundstück, Fabrik (Dampfmehrei) am **3. September 1892, Vormittags 9 Uhr,** vor dem unterzeichneten Gericht — an Gerichtsstelle — Zimmer Nr. 6, versteigert werden.
Das Grundstück, mit einer Fläche von 0,1910 Hektar ist zur Grundsteuer nicht, dagegen mit 2532 ℳ Nutzungswerth zur Gebäudesteuer veranlagt. Auszug aus der Steuerrolle, beglaubigte Abschrift des Grundbuchblatts, etwaige Abschätzungen und andere das Grundstück betreffende Nachweisungen, sowie besondere Kaufbedingungen können in der Gerichtsschreiberei des unterzeichneten Gerichts eingesehen werden.
Alle Realberechtigten werden aufgefordert, die nicht von selbst auf den Ersteher übergehenden Ansprüche, deren Vorhandensein oder Betrag aus dem Grundbuche zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks nicht hervorging, insbesondere derartige Forderungen von Capital, Zinsen, wiederkehrenden Leistungen oder Kosten, spätestens im Versteigerungstermine vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, falls der betreibende Gläubiger widerspricht, dem Gerichte glaubhaft zu machen, widrigenfalls dieselben bei Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt werden und bei Vertheilung des Kaufgeldes gegen die berücksichtigten Ansprüche im Range zurücktreten.
Diejenigen, welche das Eigenthum des Grundstücks beanspruchen, werden aufgefordert, vor Schluß des Versteigerungstermins die Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls nach erfolgtem Zuschlag das Kaufgeld in Bezug auf den Anspruch an die Stelle des Grundstücks tritt.
Das Urtheil über die Ertheilung des Zuschlags wird am **2. September 1892, Nachmittags 3 Uhr** an Gerichtsstelle verkündet werden.
Friedland, Reg.-Bez. Breslau, den 21. Juni 1892.
Königliches Amtsgericht.

Politische Tagesschau.

* Leipzig, 26. Juni.

Fürst Bismarck hat durch die Offenheit, mit der er in Wien einem der Herausgeber der „N. Fr. Pr." gegenüber sich über seine Stellung zu **Oesterreich-Ungarn** und **Rußland** ausgesprochen hat, ein Vorurtheil beseitigt, daß sich in Oesterreich und noch mehr in Ungarn gegen seine Politik gebildet hatte. Man konnte es dort nicht recht verstehen, daß Bismarck der Erhaltung der russischen Freundschaft so manches Opfer brachte, und schloß daraus, der Altreichskanzler habe es im Grunde mit Oesterreich-Ungarn nicht ehrlich gemeint. Und gerade die „N. Fr. Pr." war es, die diesem Mißtrauen nicht selten Ausdruck gab. Jetzt ist dieses Mißtrauen völlig geschwunden; das Blatt erklärt in einem Leitartikel, der Fürst habe den anscheinenden Widerspruch, den man vielfach zwischen seinem Verhalten gegen Rußland und den Grundlagen des Dreibundes finden zu müssen geglaubt, vollständig aufgeklärt, und darin liege die große Bedeutung seiner Aeußerungen. Zum Schluß sagt das Blatt:

„Aus diesen Aeußerungen geht hervor, daß die auswärtige Politik des Fürsten Bismarck sich in erster Linie durch das Interesse Deutschlands ihr Verhalten diktiren ließ; es erhellt aber auch aus denselben, daß Fürst Bismarck unbeschadet seiner Rücksichtnahme auf Rußland unverbrüchlich an dem Dreibunde und dessen Friedenszwecken festhielt. In dieser Beleuchtung gewinnt der Kampf des Fürsten Bismarck gegen die Handelsverträge und Alles, was in demselben als „anti-österreichische Ahnen" gelten mußte, ein anderes Gesicht. Man kann serien von dem Anscheine abstrahiren, als ob Fürst Bismarck das Bündniß mit Oesterreich-Ungarn geringer geschätzt hätte, weil er dem Abschlusse der Handelsverträge entgegenarbeitete. Ihm schwebte immer der Gedanke vor, daß gerade das Vertrauen, welches ihm der Zar entgegenbrachte, dazu hätte benutzt werden können, um trotz aller Schwierigkeiten eine Verständigung zwischen Oesterreich und Rußland herbeizuführen. Er glaubte nicht an einen inneren und unüberwindlichen Gegensatz zwischen den beiden Staaten, er hielt es für möglich, über augenblickliche Stimmungen hinweg jede einzelne Schwierigkeit auszugleichen und so den Frieden zu retten und zu verhüten, daß ein Krieg geführt werde, in welchem Niemand gewinnen könnte. „Wir können Oesterreich mehr nützen, wenn der Dreibund nicht angetastet wäre." Das ist der Kernpunct seiner Meinung, über welche die Geschichte urtheilen wird. Gewiß aber ist, daß ihn die Erinnerung daran, daß er die Allianz mit Oesterreich geschaffen habe, mit Stolz erfüllt, daß er dieses Bündniß als den festen Boden der deutschen Politik betrachtet und daß er es niemals gefährdet hätte, um Rußland zu gefallen. Er wollte den Frieden erhalten, aber gerade das Verhältniß zu Oesterreich galt ihm als die sicherste Bürgschaft für diese Politik der Defensive."

Leider kommt diese Erkenntniß sehr spät, aber nicht zu spät, wenn der Nachfolger des Fürsten Bismarck es versteht, auch seinerseits das Vertrauen des Zaren zu gewinnen, wie Fürst Bismarck dies verstand. Der gute Wille wird dem Grafen Caprivi allerdings nicht fehlen; aber zu mancherlei Dingen gehört eben mehr als guter Wille.

Als bemerkenswerthe Schlußrede zu dem Besuche, welchen das **italienische Königspaar Berlin** abgestattet, ist eine Unterredung des italienischen Ministers des Auswärtigen Brin mit dem Berliner Mitarbeiter des „Popolo Romano" anzusehen, über welche folgender Bericht aus Rom vorliegt:

„Der Berliner Mitarbeiter des „Popolo Romano" berichtet über eine Unterredung mit Brin, in welcher der italienische Minister seine höchste Befriedigung über seine Wahrnehmungen zu Berlin aussprach. Brin rühmte die unvergleichliche Herzlichkeit, Aufmerksamkeit und Ritterlichkeit des Kaisers, des Kanzlers und anderer Persönlichkeiten, welche ihn bewiesen, daß Deutschland Italien als völlig ebenbürtig betrachtet und ein vollkommenster Einklang vorhanden und der Dreibund auch in Deutschland höchst volksthümlich sei. Das vollkommene, stets ungetrübte Einverständniß zwischen Deutschland, wo das Autoritätsgefühl überliefert sei, und dem demokratischen Italien beweist dem italienischen Minister, ungeachtet aller Unterschiede in Finanzmitteln und Volkscharakter, die Aufrichtigkeit der Friedensabsichten Deutschlands. Brin sagte: „Nur in Deutschland gewinnt man den vollen Begriff von einem machtvoll festen Gefüge des Reichs, welches Jahrzehntelang schwere Lasten hätte entrathen können, wenn es den Krieg gewollt hätte!"

Der **unglückliche Ausgang des Streifzuges,** den Chef von Bülow gegen die Moschi am Südabhang des Kilimandscharo unternommen hatte, um den jungen Dschagga-Häuptling zu strafen, wird jetzt mit dem Auftreten einer „deutschfeindlichen" Partei im Dschaggaland in Verbindung gebracht. Allerdings geschieht es mit dem Vorbehalt, daß man zunächst überhaupt nur auf Vermuthungen angewiesen sei, weil noch jede Auskunft über die unmittelbare Veranlassung des Bülow'schen Streifzuges fehlt. Es kommt aber auch schwerlich so sehr auf den Vorfall an, der unmittelbar den Strafzug herausgefordert hat. Größeres Gewicht wird auf die allgemeinen Umstände zu legen sein, die den Strafzug möglich und nöthig erscheinen ließen. Die Dschagga galten bisher für die besten Freunde der deutschen Herrschaft am Kilimandscharo. Ein geringfügiger Anlaß kann es schon aus diesem Grunde nicht gewesen sein, der den deutschen Truppenführer in jener Gegend zu dem Entschluß brachte, jenen Stamm mit dem Schwerte zu bestrafen. Der unmittelbare Anlaß muß entweder sehr schwerwiegender Natur oder er muß das letzte Glied in einer Reihe von Symptomen unzweifelhaft feindseliger Gesinnung gewesen sein. Unter allen anderen Voraussetzungen würde der Entschluß von Bülow's auch den klaren Weisungen des Gouverneurs stricte zuwider laufen. Mag demnach Freiherr von Bülow so oder so zu dem Strafzug sich veranlaßt gesehen haben, jedenfalls hatte er die Ueberzeugung gewonnen, daß ein Umschwung in der Gesinnung der Dschagga und ihres Häuptlings eingetreten war, der es dringlich gebot, den abgünstigen Stamm ehestens einmal die deutsche Macht empfindlich verspüren zu lassen. Dann liegt es freilich nahe, jenen Umschwung der Gesinnung auf fremde Einwirkungen zurückzuführen, denn schwerlich würde der junge Meli, der dem alten Häuptling Mandara in der Herrschaft über Moschi folgte, aus eigenem Antrieb dazu gekommen sein, die ersprießlichen Beziehungen zu den Deutschen in ihr Gegentheil zu verkehren. Es ist auch kaum anzunehmen, daß dazu ein Antrieb in den Gedanken des Stammes selbst gelegen habe; der Anstoß muß von außen her erfolgt sein. Indessen wäre es doch seltsam, wenn dieser Wechsel der Dinge sich gleichsam über Nacht vollzogen hätte, es erhebt sich also die weitere, und belangreichere Frage, ob dem Gouverneur über das, was sich im Umkreise der Kilimandscharo-Station vorbereitete und zu Entscheidungen kriegerischer Art hindrängte, gar kein Bericht zugekommen war. Denn daß diese sich entwickelnden Verhältnisse von der Station selbst aus nicht rechtzeitig beobachtet worden wären, ist als ausgeschlossen zu betrachten; fraglich ist nur, ob Freiherr von Soden davon rechtzeitig unterrichtet wurde oder nicht. Es ist aber dringend wünschenswerth, daß es bei dem bisherigen Gebrauch sein Bewenden behalte und von Amts wegen die Aufklärung, die vermuthlich doch vom Gouverneur gegeben werden könnte, so rasch als möglich und rückhaltlos gegeben wird. An und für sich ist ja der unglückliche Ausgang des Bülow'schen Streifzuges nicht ein solcher, der schwerwiegende Folgen nach sich ziehen müßte. Die Station am Kilimandscharo wird sich gegen Angriffe eines, jetzt vielleicht übermüthig gewordenen Gegners wohl behaupten lassen, bis Verstärkungen von der Küstenzone aus zugezogen sein werden. Dann wird sich auch das Ansehen der deutschen Schutzherrschaft durch eine energischere Wiederholung des Strafzuges wiederherstellen lassen. Daß kleine Schlappen jenes Ansehen unverhältnißmäßig schädigen, ist dort zu Lande eine berechtigte Eigenthümlichkeit. Ebenso nachdrücklich wandelt ein durchgreifender Erfolg die Ansicht der Eingeborenen wieder ins Gegentheil um. Tragischen Stimmungen braucht man sich also wegen solcher Vorfälle nicht zu überlassen, wenn man nur der Gewißheit leben darf, daß künftig alles vermieden wird, was unsere ohnehin schwachen Streitkräfte in Ostafrika zersplittert und solchermaßen dem jähen Angriff eines eingeborenen Stammes unvorsichtig aussetzt. Mit Spannung aber wird man allgemein die Aufklärung darüber erwarten, was denn überhaupt die guten Beziehungen der Dschagga zu den Deutschen so gründlich verdorben hat. Der Kilimandscharo-District liegt an der Grenze der englischen Interessensphäre und ist der wichtigste Durchgangspunct für die Karawanen der Araber und der schwarzen Händler zwischen dem elfenbeinreichen Berggebiet im Osten und Nordosten des Victoria-Nyanza und der deutschen Küste. An Reibungen mit den Engländern hat es von Haus aus nicht gefehlt, und nachdem Dr. Peters als Commissar in den Kilimandscharo-District entsendet war, schien die Eifersucht der englischen Nachbarn mit besonderer Lebhaftigkeit dorthin sich zu richten. Es ist nicht unmöglich, daß Meli von dieser Seite her beeinflußt wurde; es ist aber auch recht wohl möglich, daß die Interessen der Elfenbeinhändler und Sclavenhändler verletzt wurden und nun zu dem Versuch führten, die deutsche Herrschaft zu untergraben.

In der nunmehr einberufenen **belgischen Constituante** werden, wie schon wiederholt betont worden ist, heftige parlamentarische Kämpfe zwischen den Anhängern und den Widersachern des **allgemeinen Stimmrechts** stattfinden. Ein besonderes Interesse werden diese Debatten durch die Theilnahme des **Generals Brialmont** erhalten, der, in der Hauptstadt zum Mitgliede der Repräsentantenkammer gewählt, sich bereits als Anhänger des allgemeinen Stimmrechts bekannt hat. Der scharfe Antagonismus, der zwischen dem General Brialmont und dem Kriegsminister besteht, wird in der Constituante, anderwärts aber kaum in seiner ganzen Schroffheit zum Ausdruck kommen können. Wie aus Brüssel telegraphisch gemeldet wird, verabschiedete sich General Brialmont von den Artillerieofficieren in einem Tagesbefehl, in welchem es heißt: Durch die Maasbefestigungen sei viel für die Vertheidigung des Landes gethan, aber es bleibe noch viel zu thun übrig; vor Allem müsse Antwerpen so geschützt werden, wie es der Fortschritt im Artilleriewesen erfordere.

Die **Nervosität der Franzosen** hat in den letzten Tagen einen noch nicht dagewesenen Grad erreicht, wenn es sich bestätigen sollte, daß der Regierung eine Interpellation wegen angeblicher Gefährdung der Landessicherheit zugedacht ist, weil die Theilnehmer des im Juli nach Paris berufenen **internationalen Schifffahrtscongresses** ihren Aufenthalt in Frankreich u. A. auch zur Besichtigung verschiedener Canäle und Häfen verwerthen wollen. In einem anderen Lande würde wohl kaum ein vernünftiger Mensch auf derartig barocke Ideen verfallen; nach französischer Anschauung aber ist die Besorgniß vor etwaigen Spionagegelüsten des Congresses, dessen Listen — man denke! — die Namen von nicht weniger als 53 Deutschen, dazu von 19 Oesterreichern und 5 Italienern, aufweisen, eine so ernst gemeinte, daß der Telegraph nichts Eiligeres zu thun hat, als den geistreichen Einfall des interpellationslustigen Deputirten urbi et orbi brühwarm zu signalisiren. So albern die Sache an und für sich ist, so könnte sie doch unter Umständen zu unliebsamen Zwischenfällen führen, insofern dadurch die den Dreibundländern angehörigen Congreßtheilnehmer von an der Spionageangst leidenden Kreisen des französischen Volkes — und die sind leider recht umfangreich — als Leute denuncirt werden, von denen Frankreich, bezw. das Interesse der französischen Landesvertheidigung, sich des Schlimmsten versehen kann. Wenn die Franzosen es irgend darauf angelegt hätten, dem Congreß die ihm gewährte Gastfreundschaft noch in letzter Stunde zu verleiden, sie könnten es nicht gründlicher besorgen.

Die **russischen Blätter,** die anfänglich über den freundlichen Empfang des **Prinzen Ferdinand von Bulgarien** in **England** empört waren, erheben jetzt ein Triumphgeschrei wegen des angeblichen Fiascos, das der Prinz daselbst erlitten. Er sei zwar in Balmoral von der Königin Victoria empfangen worden, aber Lord Salisbury sei kalt gewesen wie frappirter Champagner und vor allem die Hauptsache, die Werbung des Prinzen um die Hand einer englischen Prinzeß, sei kläglich gescheitert. Hierzu macht die „Kreuz-Zeitung" die folgende interessante Bemerkung:

„Wir wissen nicht, ob solch eine Werbung stattgefunden hat. Die Herren Seitherren in Petersburg werden wohl besser orientirt sein, zumal ihnen die glückliche Gabe eigen ist, stets das zu erfahren, was sie hören wollen — oder ein anderes Geheimniß wollen wir ihnen vertrauen: gerade in England hat ein hoher Herr — vielleicht war es der höchste in Rußland — sich einen Korb für seinen Erben geholt, weil die Mutter der erstrebten Braut und diese selbst von einem Glaubenswechsel nichts wissen wollten! Das ist eine Thatsache, mit deren Details wir, wenn es nöthig sein sollte, gelegentlich aufwarten könnten. Viel Grund zum Jubel über die angeblichen Fata Ferdinandea hat man also in Rußland nicht!"

Hoffentlich bleibt die „Kreuzztg." der Welt diese Details nicht schuldig. Sie werden jedenfalls ein interessantes Streiflicht auf die letzten Gründe werfen, die zwischen Rußland in neuerer Zeit die alte Spannung wesentlich verschärft haben.

Die neuerlichen allerdings noch der Bestätigung bedürfenden Nachrichten über das Auftreten der **Cholera** im europäischen Südrußland erscheinen insofern der Beachtung werth, als sie eine zeitgemäße Mahnung an das sanitaire Gewissen unseres Weltheils bilden, sich durch den Umstand, daß nun schon Jahre seit der letzten Choleraheimsuchung verflossen sind und inzwischen die Volkshygiene auf ihren Lorbeeren keineswegs geruht hat, nicht in eine vielleicht ungerechtfertigte Sicherheit einwiegen zu lassen. Obwohl der Stand der abendländischen Cultur, die damit Hand in Hand gehenden Normen der Lebenshaltung und Volksgesundheitspflege das mittlere und westliche Europa von Jahr zu Jahr widerstandsfähiger gegen eine Uebertragung und epidemische Ausbreitung des Ansteckungskeimes machen, so kann doch nicht gesagt werden, daß die natürlichen Voraussetzungen für den Ausbruch einer Choleraseuche gänzlich mangeln, noch auch, daß sie auf ein praktisch nicht in Betracht kommendes Minimum reducirt wären. Und da alle Hygieniker darin einig sind, daß es unendlich leichter ist, einer Krankheit vorzubeugen, als der einmal ausgebrochenen Herr zu werden, so folgt daraus das einzuschlagende Verfahren eigentlich ganz von selber. Es besteht in der rechtzeitigen Vorkehrung von Maßregeln, welche gegebenenfalls den Grenzverkehr aus seuchenverdächtigen Ländern nach seuchenfreien unter strenge sachgemäße Controle zu stellen vermögen, dergestalt, daß weder Personen noch Effecten einpassiren, deren sanitaire Unbedenklichkeit nicht durch Anwendung der bezüglichen sanitairen Procedduren, Desinfection, Quarantaine ꝛc. verbürgt erscheint. Mit den vorbereitenden Maßregeln sollte um so weniger gezögert werden, als mit dem weiteren Vorrücken der Cholera gen Westen sie in zunehmenden Contact mit dichter bevölkerten und verkehrsreicheren Gegenden gelangt und so die Möglichkeit, ja Wahrscheinlichkeit eines plötzlichen raschen Ausbreitens längs der internationalen Heerstraßen des hochentwickelten mittel- und westeuropäischen Eisenbahnnetzes nahe legt. Diese Perspective aber besteht und bleibt solange bestehen, als nicht die betreffs des Suezcanalverkehrs getroffenen internationalen Vereinbarungen analog auch auf die Levante, nebst Fortsetzung längs des Schwarzen Meeres, des Kaukasus, des Kaspischen Meeres, behufs Sperre der mittelasiatischen Ueberlandwege, Anwendung gefunden haben werden. Und daran ist in absehbarer Zeit wohl nicht zu denken.

Deutsches Reich.

△ **Berlin,** 26. Juni. Der **Großherzog von Baden** hat, wie bereits berichtet worden, den in die Heimath zurückkehrenden Landtagsabgeordneten den landesväterlichen Wunsch mit auf den Weg gegeben, sie möchten zu Hause nunmehr mit aller Kraft dahin streben, daß der Friede wieder im Lande einkehrt. Das edle Wort des Großherzogs wird von jedem aufrichtigen Patrioten mit empfunden werden und ist in Baden selbst eines kräftigen, allgemeinen Widerhalls sicher. Um so bedauerlicher will es uns erscheinen, daß die „Kreuzzeitung" sofort wieder bei der Hand ist, diese allgemeine Wirkung des großherzoglichen Mahnwortes zu beeinträchtigen, indem sie nach rechter Pharisäer Art einer einzelnen Partei empfiehlt, sie möge sich speciell die Mahnung gesagt sein lassen. Wenn auf dieses mittelbare Belobigungs-Zeugniß hin die Ultramontanen, Demokraten und Conservativen im Lande Baden von dem Gedanken sich erfüllen lassen, sie gehe das Wort des Großherzogs im Grunde genommen gar wenig an, sie seien ja die „besseren Menschen", so wird sich die Vorkämpferin für Thron und Altar wieder einmal, um die besten Interessen und edelsten Wünsche des Thrones ein rechtes Verdienst erworben haben.

* **Berlin,** 26. Juni. Gleich der conservativen Partei — schreibt heute die freiconservative „Post" — hat auch die **nationalliberale Partei des Königreichs Sachsen** zu dem **Antisemitismus** Stellung genommen und zwar in einer Weise, welche auch den Beifall der „Conf. Correspondenz" findet. Mit voller Entschiedenheit wird gegen die specifisch antisemitischen Bestrebungen und Gruppen und insbesondere gegen jede Verletzung des Grundsatzes der staatsbürgerlichen Gleichheit Front gemacht, zugleich aber mit Nachdruck die Einwirkung des Staats und der Gesellschaft mit den Mitteln des Rechtes und der Sitte gegen die wirthschaftlichen und socialen Mißstände, aus deren Existenz der Antisemitismus seine Nahrung findet, und die Urheber derselben ohne Rücksicht auf Religion oder Nationalität gefordert. Natürlich erregt die bezügliche Kundgebung das Mißfallen der „Freisinnigen Zeitung". Denn diese bekennt sich zu der Auffassung, daß die antisemitische Bewegung lediglich von dem Fürsten Bismarck und zwar zur Befriedigung eines politischen Tagesbedürfnisses ins Leben gerufen worden sei. Diese Ansicht liefert in ihrer inneren Flachheit und Schiefe ein würdiges Seitenstück zu der früher von dem spiritus rector der „Freisinnigen Zeitung" vertretenen Auffassung, daß auch die Socialdemokratie von dem Fürsten Bismarck inscenirt sei. Naheliegende Erfahrungen mögen zwar gelehrt haben, wie leicht es für einen Meister der Agitation ist, aus einem Nichts einen Sturm für Wahlzwecke zu erregen. Aber nicht minder, daß Bewegungen von solcher Dauer und Nachhaltigkeit, wie die erwähnten, niemals reine Kunstproducte sind, sondern aus gewissen thatsächlichen Verhältnissen, welche als Mißstände empfunden werden, entspringen und sich nähren. Wer demzufolge ernsthaft und mit Aussicht auf Erfolg solche Bewegungen bekämpfen will, darf sich daher nicht auf absprechende Urtheile und noch so starke Worte beschränken, sondern muß vor Allem darauf Bedacht nehmen, durch Beseitigung wirklicher Mißstände ihnen die Quellen abzugraben. Sonst läuft man Gefahr, das Feuer, statt es zu löschen, nur noch stärker anzufachen.

— Die „Post" schreibt heute: Die Dispositionen über den Sommeraufenthalt der **Kaiserin** haben sich in neuester Zeit geändert. Ihre Majestät wird **nicht nach Wilhelmshöhe** übergehen, sondern in der nächsten Zeit mit den drei jüngsten Kindern nach dem **Marmorpalais** übersiedeln.

— Der **Fürst von Hohenzollern** hat Berlin verlassen, um nach Sigmaringen zurückzukehren. — Der **Erbprinz von Hohenzollern** befindet sich gegenwärtig auf einem Dienstritt nach Sigmaringen, welchen derselbe vor etwa acht Tagen angetreten hat und in den nächsten Tagen zu vollenden gedenkt.

— Die **Kronprinzessin von Schweden** hat Berlin wieder verlassen, um ihre Rückreise nach Schweden fortzusetzen.

SLUB
Wir führen Wissen.